

Trifft Initiative KMU statt Milliardäre?

Linke wollen mit der 99-Prozent-Initiative das Kapital stärker besteuern. Das erschwere die Nachfolge in den Unternehmen, warnt eine Studie.

Doris Kleck

BERN. Für die Jungsozialisten gibt es zwei Arten von Menschen: Abzocker und Lohnabhängige. Die Juso haben die 99-Prozent-Initiative lanciert, demnächst wird sie im Nationalrat behandelt. Die Initiative will Kapitaleinkommen wie Zinsen, Mieterträge oder Dividenden stärker besteuern. Im Gegenzug sollen die Lohnabhängigen mehr erhalten. Wie genau, ist offen. Die Vorschläge reichen von Steuersenkungen für Menschen mit mittleren und tiefen Einkommen bis hin zu günstigeren Krankenkassenprämien. Die Initiative, schreiben die Urheber, «nimmt Geld von jenen, die es leistungslos erhalten haben, und gibt es an jene zurück, die es erarbeitet haben». Die Logik: 1 Prozent bezahlt mehr, 99 Prozent bekommen mehr vom Staat. «Ich verstehe den Gedanken der Initiative. Sie zielt auf Milliardäre ab, die ihr Geld arbeiten lassen und nichts selber erschaffen», sagt Yannick Berner. Um gleich einzuwenden: «Doch wir, wie andere Familienunternehmen, gehören nicht zu diesen. Wir arbeiten wie alle anderen auch. Die Initiative ist ein Affront gegenüber allen Familienunternehmen.» Yannick Berner (28) arbeitet bei Urma. Sie hat ihren Hauptsitz im aargauischen Rupperswil und Vertriebsgesellschaften in China, Spanien und Deutschland. Geforscht und produziert wird hier: Das Unternehmen mit seinen 130 bis 150 Mitarbeitern stellt Hochpräzisionswerkzeuge her. Es ist eine mittelständische Firma, wie es viele gibt in der Schweiz. Eine Studie schätzt die Zahl der Familienbetriebe auf 300'000. Sie beschäftigen rund 3,2 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

«Initiative erhöht unser Risiko»

Doch weshalb fürchten sich diese Betriebe vor der 99-Prozent-Initiative, welche auf das reichste Prozent der Bevölkerung zielt? Berner übt eine grundsätzliche Kritik: Mit der Initiative würde die Kapitalgewinnsteuer eingeführt werden. «Diese heilige Kuh darf nicht angetastet werden», sagt Berner, der für die FDP im Aargauer Parlament sitzt. Vor allem aber: Die Initiative will die Kapitaleinkommen ab einem bestimmten Schwellenwert im Umfang von 150 Prozent besteuern; das erschwere Nachfolgeregelungen in Familienbetrieben, sagt Berner. «Mit der Initiative würde die steuerliche Belastung für unseren Vater steigen, wenn er uns das Unternehmen verkauft. Das heisst, der Kaufpreis fiele höher aus, und wir müssten uns stärker verschulden, um die Firma zu übernehmen.» Mit anderen Worten: «Unser Risiko würde erhöht.» Berner selbst empfindet die Aussicht, einmal eine Firma übernehmen zu können, zwar als Privileg. Doch: «Generationenwechsel muss man fördern und nicht noch zusätzliche Steine in den Weg legen.»

Berner's Sicht untermauert eine neue Studie, die im Auftrag der Wirtschaftsverbände Economiesuisse und Swiss Family Business erarbeitet worden ist. Die Autoren kommen zum Schluss, dass mit der Initiative Nachfolgeregelungen erschwert werden. In 92 Prozent der Fälle verkaufen die Unternehmer die Firma an die nächste



Die Jungsozialisten tragen Schachteln mit den Unterschriften für die 99-Prozent-Initiative zur Bundeskanzlei in Bern. BILD KEY

«Das Volksbegehren zielt nicht auf KMU ab, sondern auf die Besteuerung natürlicher Personen.»

Franziska Ryser
Grünen-Nationalrätin aus dem Kanton St. Gallen

Generation weiter, sie wird also nicht geschenkt. Der Verkaufserlös wird benötigt, um allenfalls andere Kinder, die sich nicht an der Firma beteiligen, finanziell abzugelten. Oder auch, um den Lebensunterhalt im Alter zu finanzieren. Mit der Initiative wird die Steuerlast für den abtretenden Patron erhöht, respektive sein Nettoerlös aus dem Verkauf sinkt zwischen 26 und 58 Prozent. Er könnte nun sagen: tant pis. Ist er aber auf den Erlös angewiesen, bleiben zwei Möglichkeiten. Entweder erhöht er vor dem Verkauf seine Bezüge in Form von Lohn oder Dividenden. Oder er erhöht den Verkaufspreis. Das führt dazu, dass sich die Nachfolger stärker verschulden und entsprechend höhere Bezüge aus dem Unternehmen brauchen. Für die Studienautoren ist in beiden Fällen klar, dass das Unternehmen die höheren Steuern direkt oder indirekt finanziert. Dieser Mittelabfluss fehle später für Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Lösung sei möglich

Die 99-Prozent-Initiative wird im Parlament keine Chance haben. Unterstützt wird

sie nur von SP und Grünen. Die grüne Nationalrätin Franziska Ryser (28) verteidigt das Volksbegehren: «Es zielt nicht auf KMU ab, sondern auf die Besteuerung natürlicher Personen.» Ryser, Verwaltungsratspräsidentin des familieneigenen Optikgeschäfts, teilt die Grundannahme der Studie nicht. Nämlich, dass die Unternehmer das verfügbare Einkommen oder den Verkaufserlös trotz der höheren Steuerlast gleich halten wollen. «Wenn ein Unternehmer die zusätzlichen Steuern auf das eigene Unternehmen abwälzt und damit das Investitions- und Innovationspotenzial der Unternehmung mindert, so ist das seine Entscheidung. Das wird von der Initiative weder verlangt noch beabsichtigt», so Ryser. Und bei Nachfolgeregelungen könne eine Lösung gefunden werden, die allfällige Erbsprüche von Geschäftswirten abzugelten vermöge.

Berner sieht dies gänzlich anders. «Die Juso hat kein Verständnis davon, wer Arbeitsplätze schafft», sagt er. Und fügt an: «Als Unternehmer kann man auch bankrottgehen und sein Privatvermögen verlieren.»

Covid-19-Gesetz hat weitere Hürde passiert

BERN. Das Covid-19-Gesetz, mit welchem gewisse Notrechtsmassnahmen des Bundesrats in ordentliches Recht überführt werden sollen, ist einen Schritt weiter. Der Ständerat hat das Gesetz gestern unter Zeitdruck durchberaten.

Viel Zeit für die Vorbereitung blieb den Ständerätinnen und Ständeräten nämlich nicht: Der Nationalrat war erst am Mittwochabend mit seiner Beratung durchgekommen und hatte zahlreiche Änderungen angebracht. Ein Aufschub war jedoch nicht möglich. Ziel ist es, die Vorlage bis zum Ende der Session zu bereinigen, damit das Gesetz in Kraft gesetzt werden kann. Kame das Gesetz nicht durch, würden verschiedene Corona-Massnahmen nächste Woche wirkungslos.

Härtefälle neu geregelt

Neu im Gesetz sind nun die Härtefallklauseln für Unternehmen der Event- und der Reisebranche. Der Nationalrat hatte diese am Mittwoch eingebracht, der Ständerat stimmte ihnen gestern zu. Damit soll der Bundesrat Unternehmen dann helfen können, wenn diese vor der Coronakrise wirtschaftlich gesund waren und nicht schon von anderen Branchenlösungen profitieren. In der Ratsdebatte wurde schnell klar, dass viele Fragen noch offen sind, etwa: Wer ist betroffen? Und was heisst «wirtschaftlich gesund»? Zudem hat die Massnahme kein Preisschild. «Können wir mit diesem Gesetz finanzielle Ausgaben beschliessen, ohne zu wissen, wie hoch diese dann sind?», fragte der St. Galler CVP-Politiker Benedikt Würth. Die Fragen sollen bis Ende dieses Jahres geklärt sein, sagte Bundeskanzler Walter Thurnherr.

Ständerat tritt auf die Bremse

Nicht einverstanden ist der Ständerat mit dem Vorschlag des Nationalrats, den Anspruch auf Erwerbsausfall für Selbstständigerwerbende sowie Personen in arbeitgeberähnlichen Stellen auszuweiten. Zudem war der Ständerat bei den Massnahmen für die Kultur zurückhaltender als der Nationalrat. Wie der Bundesrat will der Ständerat 80 Millionen Franken für das nächste Jahr zur Unterstützung von Kulturunternehmen bereitstellen. Der Nationalrat wollte 100 Millionen Franken sprechen.

Einig sind sich die Räte dafür beim Sport. Sie wollen die Darlehen nicht an die Ligen, sondern direkt an die Klubs vergeben. Diese sollen dabei eine Sicherheit von 25 Prozent des betrieblichen Aufwands der Saison 2018/2019 leisten müssen. (sda)

Anzeige

Jetzt Nein! stimmen. Und damit unsere einheimischen Wildtiere schützen.

Das Parlament hat sich verrannt:

- Biber, Luchs und Höckerschwan droht Abschied
- Feldhase, Birkhahn etc. werden weiter gejagt
- Wolfsabschuss wird Kantonen zu leicht gemacht.

Das Parlament muss hier nachbessern:

- Schutz für alle bedrohten Wildtiere
- Wolfsregulierung mit Augenmass
- Förderung des Herdenschutzes



Die Schweiz, Forstverein, das Bergwaldprojekt und Pro Silva sagen **NEIN**. Ebenso alle Schweizer Natur- und Tierschutzorganisationen sowie zahlreiche National- und Ständeräte aus allen Lagern. Und die Parteien EVP, FDP AG/BE/SH, CVP GE/VD, Grünliberale, Grüne Partei, SP.

Töten statt schützen?

27. Sept. 2020

Nein

Umdenken, jetzt!

Abschuss-Gesetz

St. Gallisch-Appenzellisches NEIN-Komitee, Postfach, 9014 St. Gallen info@pronatura-sga.ch